Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rücksendung eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Anzeiger

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 358. Freitag den 24. December 1886.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonnabend, den 25. Decbr., Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß die in den letzten Tagen hier angesammelten Massen von Postpacketen heute zur Absendung gebracht werden können. Die Postämter in Leipzig und in den Vororten von Leipzig habe ich demzufolge, unter Aufhebung der nach meiner Bekanntmachung vom 22. December eingetretenen Beschränkung, angewiesen, Päckereien und Werthsendungen wieder ohne Ausnahme anzunehmen.

Leipzig, 23. December 1886.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.
Neujahrs-Briefverkehr.

Zur Förderung und Erleichterung des Neujahrs-Briefverkehrs ist es gestattet, Briefe, Postkarten und Drucksachen, deren Bestellung **in Leipzig und in den Vororten von Leipzig** durch die Post am **1. Januar k. J. früh** gewünscht wird, **bereits vom 26. December ab zur Einlieferung zu bringen.**

Der Absender hat derartige Briefe ꝛc., **welche einzeln durch Postwerthzeichen frankirt sein müssen**, in einen Briefumschlag zu legen und diesen mit der Aufschrift zu versehen:

„Hierin frankirte Neujahrsbriefe für den Ort.

An das Kaiserliche Postamt 1 in Leipzig."

Solche Umschläge (Packete) mit Neujahrsbriefen ꝛc. können entweder an den Postschaltern abgegeben, oder, soweit es der Umfang gestattet, in die Briefkasten gelegt werden. Die sämmtlichen den Umschlägen ꝛc. entnommenen Briefe u. s. w. erhalten Seitens des Postamts 1 in Leipzig den Stempel vom 31. December 6—7 Uhr Nachmittags.

Ausdrücklich wird bemerkt, daß die Einrichtung sich lediglich **auf die in Leipzig verbleibenden, bez. nach den Vororten von Leipzig bestimmten Briefe ꝛc.** erstreckt.

Es wird ersucht, von dieser Einrichtung, welche der störenden Massencinlieferung von Stadtbriefen am Sylvesterabend zu steuern bezweckt und der ordnungsmäßigen Abwickelung des gesteigerten Briefverkehrs beim Jahreswechsel überhaupt zu gut kommt, einen möglichst umfangreichen Gebrauch zu machen.

Leipzig, den 18. December 1886.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter. Brdt.

Bekanntmachung.

Der Chemiker Herr Dr. **F. L. Ehrlich** hierselbst beabsichtigt, im Kellergeschoß des zweiten Hintergebäudes des an der Aendistraße unter Nr. 33 gelegenen Grundstücks Nr. 2799a des Flurbuches und Folium 207 des Grund- und Hypothekenbuches für das Brandvoermerk der Stadt Leipzig ein chemisch-analytisches Laboratorium zur Untersuchung der in seiner chemischen Fabrik in Connewitz aus- und eingehenden, sowie dortselbst hergestellten Präparate und Waaren zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, den 20. December 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 5867. Dr. Georgi. Fröhlich.

Bekanntmachung.

Das für den am 7. Februar 1868 hier geborenen Preßbergolder **Eduard Otto Senke** von uns im Jahre 1882 unter Nr. 243 ausgestellte, angeblich auf der Reise von der Schweiz nach hier verloren gegangene Arbeitsbuch wird für ungültig erklärt.

Leipzig, den 21. December 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 5894. Dr. Georgi. Reichel.

Bekanntmachung.

Nachdem wir mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten beschlossen haben, von jetzt ab die Gasmesser auch gegen Zahlung einer Monatsmiethe an die Herren Gasconsumenten abzugeben, so bringen wir dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß in diesem Falle der Gasmesser im Eigenthum der Gasanstaltsverwaltung verbleibt, daß aber auch die Kosten der Unterhaltung von letzterer getragen werden, insoweit nicht etwa die Nothwendigkeit einer Reparatur des Gasmessers durch ein Verschulden des Miethers oder seiner Angehörigen verursacht worden ist.

Die monatliche Miethe, welche gleichzeitig bei Einhebung des Betrages für verbrauchtes Gas zu zahlen ist, beträgt für einen Gasmesser von

Flammen	3.	5.	10.	20.	30.	50.	60.	80.	100.	150.	200
Mark.	0.35,	0.45,	0.55,	0.75,	0.90,	1.30,	1.70,	2.25,	2.65,	3.65,	5.00

Für Darleihung größerer Gasmesser als von 200 Flammen bleibt besondere Vereinbarung vorbehalten.

Angefangene Monate werden für voll berechnet. Im Uebrigen wird weitere Auskunft auf dem Bureau der Gasanstalten, Ritterstraße Nr. 6, 1. Etage, ertheilt, wo auch bezügliche Anmeldungen zu erfolgen haben.

Leipzig, am 21. December 1886.

Ia. 7842./1398. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Nachdem wir mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten beschlossen haben, den Preis für das zu gewerblichen Zwecken, sowie zum Kochen und Heizen verwendete Gas von **18 Pf. auf 15 Pf.** für den Cubikmeter herabzusetzen, so bringen wir dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß dieser ermäßigte Preis von 15 Pfennigen für den Cubikmeter vom 1. Januar 1887 ab in Rechnung gestellt werden wird. Gleichzeitig wird denjenigen Consumenten, welche Gas zu gedachten Zwecken bereits entnehmen, weiter bekannt gegeben, daß es nach einzuholender Genehmigung der Gasanstaltsverwaltungen in Zukunft gestattet wird, eine Flamme zur Beleuchtung der gewerblichen Maschine, des Motors ꝛc. aus derselben Leitung, welche diese Maschine ꝛc. speist, abzuzweigen.

Wegen bezüglicher Neuanmeldungen, sowie wegen sonstiger Auskunftsertheilungen wolle man sich an die Casse der Gasanstalten, Ritterstraße Nr. 6, 1. Etage, wenden.

Leipzig, am 21. December 1886.

Ia. 8673./1060. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Das für den am 18. December 1866 zu Freiberg in Sachsen geborenen Lithographen **Hugo Bernhard Knauth** von uns im Jahre 1881 unter 334 ausgestellte **Arbeitsbuch** ist verloren gegangen und bitten wir, dasselbe im Auffindungsfalle anher, Ostmarkt 3, II. Etage, Zimmer 115 (Stadthaus) abzuliefern.

Leipzig, den 21. December 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI, 5884. Dr. Georgi. Reichel.

Aenderung der Zollsätze für Baumwollengewebe betreffend.

Die geehrten Firmen, welche unserm Ersuchen vom 29. v. M. um gef. Auskunftung über die beantragte Aenderung der Zollsätze für Baumwollengewebe bis jetzt noch nicht entsprochen haben, werden hierdurch erinnert, uns ihre bezügl. Ansichten bis spätestens den 30. ds. M. gef. zugehen lassen zu wollen.

Leipzig, den 23. December 1886.

Die Gewerbekammer.
D. A. Oehler, Vorl. Herzog, S.

Nichtamtlicher Theil.

Zur bulgarischen Frage.

Bulgarien ist ruhig. Das ist das Hauptergebniß der Entfernung des Generals Kaulbars und der russischen Consuln aus dem Lande. Die Untersuchung gegen die Officiere und Junker, welche die Ermordung oder Gefangennahme der Regenten beabsichtigt, wird in aller Stille geführt, und die Regierung vermeidet es, noch irgend einer Seite hin die Grenzen, welche Klugheit und Besonnenheit ziehen, zu überschreiten. Der würdige und zugleich energische Widerstand gegen die türkischen Einmischungsversuche hat dem Abgesandten der Türkei Gatkow Pascha um den letzten Rest von Ansehen und Vertrauen gebracht, die er hier noch genoß, und seine Abberufung aus Sofia wird täglich erwartet. Auch in Ostrumelien liegen die Verhältnisse günstig, es besteht dort vollständige Ordnung, die Aushebung nimmt ihren regelmäßigen Gang, und die Civilverwaltung stößt auf keinerlei Hindernisse. Es würde deshalb in Bulgarien wenig zu wünschen übrig bleiben, wenn nicht die gegründete Befürchtung bestände, daß Rußland bald wieder mit einer Ueberraschung hervortreten werde, welche alle bisherigen Bemühungen, Ruhe und Ordnung zu bewahren, wieder zu Schanden macht. Daß diese Besorgniß nur zu gerechtfertigt ist, beweist der Plan, eine Deputation unter Führung des Metropolitan Clement nach St. Petersburg zu senden, welche die Zustände in Bulgarien als trostlos darstellen und Rußland um Hilfe gegen die russenfeindlichen Ränke der Regenten und ihrer Anhänger bitten soll.

Auffallend ist es, daß Rußland keine Anstalten trifft, um die unterbrochene diplomatische Verbindung mit Bulgarien wieder anzuknüpfen, es läßt sich diese Unterlassung nur dadurch erklären, daß Rußland sich der Türkei als Vollstreckerin seines Willens zu bedienen gedachte. Die türkische Regierung ist aber offenbar hinter den russischen Wünschen in ihrer Thätigkeit in Bulgarien zurückgeblieben, sie hat sich auf Vorstellungen beschränkt, wo sie nach dem Willen Rußlands handeln sollte, womöglich durch Androhung einer militärischen Besetzung Ostrumeliens und anderer directer Zwangsmaßregeln gegen die Regenten. Diese haben bereits erklärt, daß sie nur der Gewalt weichen werden, also waren die Dinge in Bulgarien schon so weit gediehen, daß bei erneuten Drängen Rußlands die türkische Regierung vielleicht theilweise nachgegeben hätte, als plötzlich eine Kundgebung von englischer Seite erfolgte, welche Europa auf Das, was sich in Bulgarien vorbereitet, aufmerksam macht.

Der Artikel der „Morning Post", in welchem die türkische Regierung aufgefordert wird, bei Vermeidung der englischen Feindschaft die Politik der Zweideutigkeit aufzugeben, hat an der Stelle gewirkt, wo er wirken sollte. Das „Journal de St. Petersbourg" hat für die türkische Regierung geantwortet und zugleich seinem Aerger darüber Luft gemacht, daß die englische Regierung die russische Rechnung so unliebsam durchkreuzt hat. Das Journal plaudert mit größter Offenherzigkeit aus, daß die russische Regierung mit der türkischen zu einem Einvernehmen über die Lösung gelangt sei, welche beiden zufriedenstellen und dem Berliner Vertrage entsprechen würde. Worin diese Lösung besteht, verschweigt das russische Regierungsorgan, aber der englischen Regierung ist sie urgirt sicherhaft bekannt, und sie erachtet dieselbe nicht mit den englischen Interessen vereinbar, sonst würde sie sich nicht über die türkische Zweideutigkeit beklagen. Das Journal macht noch eine andere Enthüllung, nämlich die, daß die Cabinete gewissenhaft bemüht seien, ihre verschiedenen Interessen in Bulgarien in Einklang zu bringen. Welche Cabinete und welche Interessen sind hier gemeint? Schwerlich Unterhandlungen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn unter Beihilfe Deutschlands? Das wäre möglich und sogar wahrscheinlich, aber diese Unterhandlungen hätten nur kaum Aussicht auf ein allseitig befriedigendes Ergebniß, wenn England sein Einverständniß damit erklärte, und das ist, wie aus dem Artikel der „Morning Post" hervorgeht, nicht der Fall. Es handelt sich hier offenbar um russische Ränke, die von England rechtzeitig angekündigt sind, um ihre Wirkung zu vernichten.

Die Thatsachen, welche die „Morning Post" im Auge hat, müssen sehr ernst sein, sonst würde Rußland nicht so viel Aufhebens von der englischen Kundgebung machen und England dem übrigen Europa nicht als Friedensstörer verdächtigen. Rußland verlangt von den übrigen Mächten sehr viel, wenn es ihnen zumuthet, gegen den Versuch Englands, die türkische Regierung einzuschüchtern, Widerspruch zu erheben. Mit demselben Rechte kann England verlangen, daß die Mächte sich gegen Sonderabmachungen zwischen Rußland und der Türkei erklären. Die bulgarische Frage ist nicht eine russisch-türkische, sondern eine solche Frage, an deren Lösung sämmtliche Unterzeichner des Berliner Friedens interessirt sind. Hielt Rußland es für zweckmäßig, sich mit der Türkei über die Zukunft Bulgariens zu verständigen, so that es das auf die Gefahr hin, daß die übrigen Mächte dieses Abkommen nicht bestätigen sind, aber die Abmachungen so unerläßlich, daß sie den Berliner Frieden unberührt lassen, so begreift man nicht, weshalb sich das „Journal de St. Petersbourg" deswegen so erhitzt.

Die Türkei hat die Oberlehnsherrschaft über Bulgarien und Ostrumelien als türkische Provinz, innerhalb dieser Grenzen hat die Türkei das Recht, selbstständig zu handeln und bedarf seiner Verständigung mit Rußland, aber die Wiederbesetzung des erledigten bulgarischen Thrones ist eine internationale Angelegenheit, für welche ein russisch-türkisches Einverständniß nicht genügt, dazu ist Uebereinstimmung aller europäischen Großmächte erforderlich. Der Fürst von Mingrelien ist von den Bulgaren abgelehnt, und seine Candidatur ist wohl auch vom Rußland niemals ernst genommen worden, dagegen hat Prinz Ferdinand von Coburg keine Gnade vor den Augen des russischen Kaisers gefunden, es muß also noch eine andere Persönlichkeit von Rußland in Aussicht genommen worden sein, für deren Candidatur Rußland die Zustimmung der Türkei gefunden hat, sonst könnte von einem russisch-türkischen Einverständniß über die Lösung der bulgarischen Frage nicht die Rede sein. Für diese neue Candidatur war aber die Zustimmung der Vertragsmächte erst noch zu gewinnen, und Rußland hoffte, daß dies gelingen werde. Durch den Artikel der „Morning Post" ist diese Hoffnung zerstört, und die bulgarische Frage ist wieder aufs Neue dem Ungefähr preisgegeben, mindestens ist ihre Lösung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der Kampf zwischen der „Morning Post" und dem „Journal de St. Petersbourg" ist für die Uneingeweihten vorläufig ein Räthsel, da beide Kämpfer den Gegenstand des Kampfes nicht nennen. Die „Morning Post" klagt über die zweideutige Politik der türkischen Regierung, und das „Journal de St. Petersbourg" deutet nur an, daß das allgemein auf Verstimmung gerichtete Streben der Mächte gewisse Berechnungen Englands stören, aber daß der Artikel der „Morning Post" ein anderes Ziel verfolgen könne. Der Streit zwischen den beiden Regierungsorganen zeigt, daß weder Rußland, noch England in der bulgarischen Frage mit offenem Visir kämpfen, sondern daß sich hinter den Coulissen Dinge abspielen, welche das Licht der Oeffentlichkeit scheuen. Rußlands Zweck, Bulgarien als Etappe zum Vormarsch nach Konstantinopel zu benutzen, ist ebenso offenkundig als das Streben Englands, diesem Vormarsch entgegenzuarbeiten, beide Mächte bedürfen aber der Türkei als Deckungsmittel, um ihren Zweck zu erreichen. Rußland glaubte bereits am Ziele zu sein und die Türkei zum willenlosen Werkzeug gewonnen zu haben; jetzt wird ihm dieser Erfolg von England wieder streitig gemacht und deshalb der Zorn des „Journal de St. Petersbourg". Rußland und England mögen ihren Zwist unter einander ausfechten, die übrigen Mächte haben daran kein Interesse und werden deshalb weder gegen russische, noch gegen englische Ränke Einspruch erheben, das letzte Mittel, Schlimmes zu verhüten, bleibt ihnen doch, und das ist die Antwort „Nein", wenn die Hauptfrage gestellt wird. *

Leipzig, 24. December 1886.

* Nach Mittheilungen aus Kreisen, welche dem Hofe nahestehen, hat der Kaiser in den jüngsten Tagen wiederholt Gelegenheit genommen, seiner Verstimmung über die Vorgänge im Reichstage und namentlich in der Commission zur Berathung der Militairvorlage lebhaften Ausdruck zu geben. Wenn er auch gewohnt sei, daß in anderen Angelegenheiten den Bestrebungen der verbündeten Regierungen vielfach Schwierigkeiten bereitet würden, so habe er doch erwartet, daß man in einer Frage, in der es sich um die Stellung des Reichs zum Auslande handle, größeres Vertrauen und Entgegenkommen zeigen werde. Daß er sich in dieser Erwartung getäuscht habe, betrübe ihn sehr!"

* Die „Kölnische Volkszeitung" hatte bekanntlich eine Erzählung verbreitet, wonach der Kaiser an dem Tage, als der Prinz-Regent von Bayern in Berlin bei dem bayerischen Gesandten diniirte, unerwartet erschienen sein und mit demselben bei Tische eine lange, vertrauliche Unterhaltung geführt haben sollte; so. Luitpold die bekannte Ansprache an die tagsabgeordneten gehalten — womit man s. wollte, daß der Kaiser den Prinz-Regenten s. habe. Als diese ganze Erzählung als erfunden wurde, versuchte man in der Kölnischen Presse, sie in kleinen Variante — der Kaiser habe mit dem Prinzen vertraulich, sondern laut gesprochen — aufrecht zu erhalten. Jetzt ist der „Kölnischen Volkszeitung" folgende Berichtigung des Reichskanzlers zugegangen:

Friedrichsruh, den 18. December 1886. Mit Bezug auf den Empfang der bayerischen Reichstagsabgeordneten durch Sr. königl. Hoheit den Prinzregenten von Bayern in der königlich bayerischen Gesandtschaft zu Berlin am Donnerstag, den 9. d. M., bringt die „Kölnische Volkszeitung" in ihrer Nr. 344 vom 15. d. M. einen aus Berlin den 12. December datirten Artikel, in welchem es heißt: „Die Uhr zeigte gerade ein Viertel auf 6 und der Prinzregent hatte eben mit seinem Gastgeber und den geladenen Herren an der Tafel Platz genommen, als völlig unerwartet der Kaiser in den Speisesaal trat und den Grafen Lerchenfeld bat, sein Gast sein zu dürfen und zu diesem Zwecke einen Stuhl zwischen demjenigen des Gesandten und des Prinzregenten zu schieben. Nachdem dies geschehen war, ertheilt der Leibjäger des Kaisers den Auftrag, der Kaiserin zu melden, daß er, der Kaiser, nicht zum Diner kommen werde. Nun entspann sich zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten eine sehr eifrige, leise geführte Unterhaltung, welche eine volle Stunde dauerte. Alsdann empfahl sich der hohe Herr in herzlichster Weise von den Mitgeladenen Fürsten und bald darauf traten die bayerischen Abgeordneten in den Speisesaal ein." Diese Mittheilung ist unrichtig. Seine Majestät der Kaiser und König hat die Räume der bayerischen Gesandtschaft an dem gedachten Tage überhaupt nicht betreten. Auf Grund des §. 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich die Redaction der „Kölnischen Volkszeitung", die vorstehende Berichtigung in ihrer Zeitung aufzunehmen. Der Reichskanzler und königlich preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
von Bismarck.

Noch vor dieser Erklärung war an das Blatt von Seiten der bayerischen Gesandtschaft die Mittheilung erfolgt, daß der Besuch des Kaisers thatsächlich nicht stattgefunden hat.

* Es scheint noch den „Hamburger Nachrichten" zweifelhaft, ob der Entwurf über die Gerichtskosten und die Rechtsanwaltsgebühren an den Reichstag gelangen werde; im Bundesrath macht sich die Auffassung geltend, daß von den vorgeschlagenen Herabsetzungen der Rechtsanwalts-Gebühren nur wenige und zwar die minder eingreifenden sich würden rechtfertigen lassen; bei solcher Reduction der Vorlage würde sie aber, da bekanntlich betreffs der Ermäßigung der Gerichtskosten nur ganz unbedeutende Vorschläge gemacht werden, einen äußerst geringfügigen Inhalt haben.

* Dem Verschleppungsmanöver, welches das Centrum gegenüber der Militairvorlage angewendet hat, liegt offenbar der Wunsch zu Grunde, noch einen neuen kirchenpolitischen Gewinn bei der Angelegenheit herauszuschlagen. Mitte Januar wird der preußische Landtag wieder zusammentreten und man könnte um dieselbe Zeit, wo die Entscheidung über das Militairgesetz sich vollzieht, im Abgeordnetenhause bei der Regierung wegen ihrer weiteren kirchenpolitischen Absichten anfragen. Die zugesagte neue Revisionsvorlage steht aber offenbar noch in recht weitem Felde, und das Centrum wird sich daher schon bequemen müssen, in der Militairfrage sein letztes Wort zu sprechen, ehe Genaueres über neue kirchenpolitische Zugeständnisse bekannt wird. Eine Verquickung der beiden Angelegenheiten wird wohl diesmal nicht gelingen. Die klerikale Partei hat übrigens auch für das letzte „Friedensgesetz" ihren Dank noch nicht abgestattet.

* Am 19. d. Mts. hat in Bingen (dem Wahlkreis des Abg. Bamberger) eine zahlreich besuchte Versammlung von Vertrauensmännern der nationalliberalen Partei aus der Provinz Rheinhessen stattgefunden zum Zweck der Stellungnahme zu der Militairvorlage. Es wurde eine Erklärung beschlossen, in welcher es u. A. heißt: „Die zahlreich in Bingen versammelten Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei der Provinz Rheinhessen erklären ihre volle Zustimmung zu den patriotischen Kundgebungen der nationalliberalen Reichstagsmitglieder bei Gelegenheit der Berathung des Militairgesetzes. Die Provinz Rheinhessen, welche Jahrhunderte hindurch infolge französischer Ueberfälle auf das Schwerste heimgesucht war, ist unter dem starken Schutze der deutschen Armee bei friedlicher, rastloser Arbeit neu aufgeblüht. Wer wollte leugnen, daß in neuerer Zeit die Gefahr eines gleichzeitigen Angriffs mehrerer Feinde in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist? In einem solchen Falle könnte das Kriegsglück schwankend und unsere schöne, fruchtbare, glückliche Provinz, vielleicht gar größere Bezirke des Vaterlandes in das Elend früherer Tage zurückstoßen werden, wenn die Armee nicht in der Lage ist, solche Angriffe an den Grenzen siegreich abzuwehren. Die glorreiche Geschichte der letzten 25 Jahre, in welchen Deutschland einig, groß und mächtig wurde, hat die politische Haltung der Opposition gerichtet."

* Der deutsche Botschafter General v. Schweinitz ist am Dienstag von St. Petersburg nach Berlin abgereist.

* * *

* Wie Lissaboner Zeitungen berichten, soll dort in den nächsten Tagen eine Concurrenz für die bekanntlich seit längerer Zeit geplanten, nunmehr definitiv beschlossenen Hafenbauten und Ameliorationen, beziehungsweise für die Lieferung der zur Ausführung derselben benöthigten Materialien ausgeschrieben werden. Nach den betreffenden Zeitungsnotizen handelt es sich zur Zeit namentlich um Herstellung von 6 Docks, eines Vorhafens mit einer 150 Meter breiten Einfahrt, eines schwimmenden Docks für große Schiffe, eines neuen großen Quais längs des Ufers des Tajo, einer Eisenbahnverbindung ꝛc. Belgische und englische Unternehmer sollen bereits in Lissabon eingetroffen sein, um dort vorbereitende Schritte zu thun.

* Es ist nachgerade zur ständigen Gepflogenheit der Pariser Presse geworden, im Beginne jeden Winters, wo in Tonkin die Wiederaufnahme der Operationen gegen das Unwesen der Schwarzflaggen vor sich geht, mit Anschuldigungen gegen China hervorzutreten, als ob letztere Macht den Aufständischen Vorschub leiste und diese dadurch befähige, den Franzosen immer wieder aufs Neue die Spitze zu bieten. So auch jetzt. Aus Tonkin in Paris eingetroffene Depeschen signalisiren den Anfang der Operationen gegen die an der Südwestgrenze Chinas bei Hai-Ninh versammelten Aufständischen, und gleichzeitig wird behauptet, daß man in den Rebellenhaufen in Wahrheit nichts anderes vor sich habe, als Abtheilungen regulären chinesischen Militairs, trotzdem Erklärungen der jenseits der Grenze commandirenden chinesischen Generale vorliegen, aus denen erhellt, daß die in Rede stehenden Banden nichts als Piraten und nur Piraten